

## II. Berichte und Diskussionen

### DIE ARBEITSMORAL DER ARBEITSLLOSEN

Fragwürdige Deutungen einer empirischen Studie\*

Von Karl-Heinz Reuband

#### *1. Ein neues Bild der Arbeitslosigkeit?*

Die Aussagen sind spektakulär: Die Massenarbeitslosigkeit in der Bundesrepublik ist weniger dramatisch als allgemein angenommen. Sie ist in vielen, wenn nicht gar in den meisten Fällen selbstverschuldet – Folge einer falschen Einstellung zur Arbeit –, und sie wird durch die materielle Absicherung des Arbeitslosen noch begünstigt. „Arbeitslosigkeit wird nur von der Hälfte der Arbeitslosen als Zustand empfunden, der möglichst bald beendet werden muß, und auch nur etwa die Hälfte gibt sich größere Mühe, ohne Verzug wieder Arbeit zu finden“ (S. 48). Wenn es eine Gruppe gibt, die an Arbeit interessiert ist, dann die „stille Reserve“ der nicht gemeldeten Arbeitslosen. Und einer der gewichtigsten Gründe für deren Bereitwilligkeit zur Arbeitsaufnahme ist das Fehlen einer staatlichen Unterstützung: „Die Angehörigen der ‚stillen Reserve‘ verdienen augenblicklich nichts ... Die Arbeitslosen dagegen sind auf verschiedene Weise versorgt, auch wenn sie länger als zwei Jahre arbeitslos sind“ (S. 68). Infolgedessen hat sich ein Versorgungsdenken ausgebreitet, das durch Ansprüche an den Staat und geringe Eigenmotivation gekennzeichnet ist. Die Arbeitslosen finden nichts dabei, „von öffentlichem Geld zu leben“.

Das sind, knapp zusammengefaßt, die Kernthesen einer neueren Studie, die vom Institut für Demoskopie im Sommer und Herbst 1986 durchgeführt und von Elisabeth Noelle-Neumann erstmals in einer dreiteiligen Serie der Tageszeitung „DIE WELT“ kommentiert wurde (28.–30.10.1986). Sie stützt sich auf mehrere Umfragen unter registrierten und nicht registrierten Arbeitslosen sowie der Gesamtbevölkerung. Ergänzt um einige weitere Ausführungen, die Pressereaktion auf die Untersuchung und die Diskussionsbeiträge eines eigens dazu abgehaltenen Expertenforums, ist die Serie inzwischen als Buch erschienen mitsamt der Methodenbeschreibung im Anhang. Wie so viele andere Studien der Autorin versteht sich die Veröffentlichung als eine Arbeit

\* Elisabeth Noelle-Neumann und Peter Gillies, *Arbeitslos. Report aus der Tabuzone*. Frankfurt/M. 1987: Verlag Ullstein.

Die im Text zitierten Seitenangaben beziehen sich auf diese Publikation.

mit wissenschaftlichem und politischem Anspruch.<sup>1</sup> Das macht sie doppelt gewichtig und läßt eine kritische Bestandsaufnahme um so notwendiger erscheinen. Sozialpolitische Konsequenzen auf der Basis fehlerhafter Analyse zu ziehen ist schließlich ebenso fatal wie ein Imageverlust von Wissenschaft aufgrund öffentlichkeitswirksamer, aber sich schließlich als falsch erweisender wissenschaftlicher „Erkenntnisse“.<sup>2</sup>

Die Arbeit begreift sich als „Report aus der Tabuzone“ und ist von nicht wenigen auch als ein solcher rezipiert worden. Sie wird als eine längst überfällige wissenschaftliche Bestandsaufnahme begriffen, die Vorurteile entlarvt und einmal mehr den Nutzen der Sozialforschung dokumentiert. Der „halb-garen“ Meinung vermeintlicher Experten und „Meinungsbildnern“ wird sie als Beispiel für überlegene wissenschaftliche Erkenntnis gegenübergestellt (so in einer Zeitschrift, die als eine Art Methodenzeitschrift für die Umfrageforschung gilt) und den Markt- und Meinungsforschern zur Lektüre geradezu anempfohlen (siehe Planung und Analyse 1987, S. 223). Doch wie sehr ist die Veröffentlichung tatsächlich geeignet, Licht in ein bisher unbekanntes Terrain zu bringen? Wie sehr handelt es sich um eine exemplarische Arbeit zur Analyse sozialer Verhältnisse? Daß es Arbeitslose mit fehlender Arbeitsmotivation gibt, sei als sozialer Tatbestand durchaus eingeräumt. Nur: wie groß ist dieser Anteil, und welche Ursachen sind dafür verantwortlich?

## II. Die fehlende Arbeitsmoral der Arbeitslosen

Die wohl spektakulärste Aussage der Arbeit ist die, wonach rund die Hälfte der Arbeitslosen wenig zur Arbeit motiviert wäre: Nur die Hälfte sei an einer baldigen Arbeitsaufnahme interessiert – weil entweder das Arbeitsamt keine Stelle angeboten oder der Betroffene selbst sich auf keine Stelle beworben hätte (S. 40). Fast die Hälfte habe sich im letzten halben Jahr auf keine Stellenanzeige beworben (S. 90). Mangelnde Bereitschaft, sich selbst mitverantwortlich zu fühlen, und mangelnder Arbeitswille werden als Ursache genannt. Lediglich 59 % sagen von sich: „Ich denke ernsthaft daran, mir eine neue Stelle zu suchen“ (S. 39). Doch so konsistent auch die Einzelangaben isoliert genommen scheinen mögen – Zweifel sind angebracht. Weder auf der Verhaltens- noch der Einstellungsebene sind die Verhältnisse derart eindeutig, wie es die Darstellung nahelegt.

Fehlendes Arbeitsplatzangebot und fehlende eigene Suche nach einem Arbeitsplatz als Indikator für unzureichende Arbeitsmotivation zu verwenden, macht wenig Sinn, weil eigenes und fremdes Verhalten miteinander kombiniert werden und Struktur-

1 Die Studie ist von vornherein als eine Untersuchung konzipiert, die der Arbeitslosigkeit als Thema des Wahlkampfes die Schärfe nehmen soll. Entsprechend, so gesteht die Autorin selbst ein, hätte sie sich große Mühe gegeben, um die Untersuchung rechtzeitig – noch vor der Wahl – erscheinen zu lassen (S. 88).

2 Die Gefahr ist im vorliegenden Falle für die empirische Sozialforschung um so mehr gegeben, als Elisabeth Noelle-Neumann in der Öffentlichkeit – die schließlich mittels entsprechender Gremien auf die Förderung der Wissenschaft zurückwirkt – als die eigentliche Repräsentantin der deutschen Umfrageforschung erscheint, gar als „Synonym für Umfrageforschung“ (Planung und Analyse 1986, S. 478).

bedingungen des lokalen Arbeitsmarktes beides mitbestimmen. Wo Arbeitsplätze fehlen, wird sich weder der Arbeitslose um eine Stelle bewerben können noch das Arbeitsamt eine solche anbieten können. Und je geringer die Chancen der erneuten Arbeitsaufnahme sind, desto geringer werden sich Arbeitslose um eine Stelle bemühen. Insofern ist das Fehlen einer Bewerbung auch ein Indiz für die Hilfslosigkeit, in der sich viele Arbeitslose befinden: sie können sich nicht bewerben, weil sie nicht wissen, wo sie überhaupt noch Chancen hätten.<sup>3</sup>

Mangelndes Gefühl der Selbstverantwortlichkeit als Mitursache des jeweiligen Sichverhaltens anzusehen, hat in diesem Zusammenhang wenig Plausibilität: Der angeführte Beleg für diese These – 85 % lehnen den Gedanken ab, Arbeitslose hätten Schuld an ihrer Abhängigkeit (S. 72) – stellt nun einmal keine Aussage über die eigene Motivation, sondern über die Wahrnehmung der Arbeitslosigkeit als soziales Massenphänomen dar. Daß die hohe Zahl der Arbeitslosen eine Folge von Arbeitsunwilligkeit ist, glaubt unter den Bundesbürgern inzwischen kaum noch jemand.<sup>4</sup>

So wenig, wie man die eigene Bewerbung um einen Arbeitsplatz als Maßstab für Arbeitsmotivation nehmen kann, so wenig kann die Bewerbung auf eine Stellenanzeige als Maßstab der Beurteilung genommen werden, solange man nicht bestimmte Hintergrundvariablen berücksichtigt. So aber werden gleich mehrere Kategorien von Befragten vermischt: Personen, die 1. keine Stellenanzeige zu ihrem Beruf in den Tageszeitungen ihres Wohnortes finden; 2. eine Stellenanzeige zum eigenen Beruf zur Kenntnis nehmen, sich aber aufgrund der Ausschreibungen (z. B. Anforderungen an Alter, Berufserfahrung) keine Chancen ausrechnen und sich deshalb nicht bewerben; 3. keine Bemühungen um einen Arbeitsplatz unternehmen, *obwohl* sie die Chance dazu hätten. Nur diese Kategorie von Personen wird mit dem Antwortmuster assoziiert. Die Zahl der Arbeitslosen mit geringer Arbeitsmoral wird aufgrunddessen überschätzt.

Schließlich mag man auch an dem Einstellungsindikator Zweifel hegen, demgemäß 59 % von sich sagen, sie würden ernsthaft daran denken, sich eine neue Arbeitsstelle zu suchen. Dem verbleibenden Anteil von 41 %, der als Quotè Arbeitsunwilliger gedeutet werden könnte, steht an anderer Stelle – als Antwort auf eine andere Frage – jedoch ein Anteil von lediglich 17 % gegenüber, der von sich behauptet, er würde sich derzeit nicht um einen Arbeitsplatz bemühen (S. 41). Die Widersprüche zwischen beiden Indikatoren werden nicht thematisiert, geschweige denn eingehender diskutiert.

Für Noelle-Neumann ist rund die Hälfte der Arbeitslosen wenig zur Aufnahme einer neuen Arbeit motiviert, rund ein Fünftel bezeichnet sie gar als „freiwillig arbeitslos“.

- 3 Für diese Interpretation der Hilfslosigkeit sprechen einige Befunde aus der Studie, die eher beiläufig am Rande erwähnt werden: danach nimmt die eigene Arbeitssuche in dem Maße ab, wie das Arbeitsamt dem Befragten innerhalb der letzten 6 Monate keine Stelle anbot (S. 40). Wenn schon das Arbeitsamt, das den besten Überblick über den Arbeitsmarkt hat, nichts anzubieten vermag, wie soll sich dann der Arbeitslose dazu in der Lage befinden?
- 4 Das Institut für Demoskopie hat in der Vergangenheit mehrfach die Frage gestellt, ob es unter denen, die zur Zeit arbeitslos sind, viele gibt, die nicht arbeiten wollen – „oder sind das nur Einzelfälle?“ Noch zu Beginn der 80er Jahre macht die Zahl derer, welche von Einzelfällen sprechen, nur eine relative Minderheit aus. Seit 1982 ist es eine relative Mehrheit. In einer Umfrage vom Januar 1983 bezifferten 72 % der Bundesbürger die Arbeitslosen, die nicht arbeiten wollen, auf ein Viertel und weniger (vgl. Noelle-Neumann und Piel 1983, S. 452 f.).

Als „freiwillig arbeitslos“ werden diejenigen begriffen, die auf die Frage: „Suchen Sie derzeit einen Arbeitsplatz oder bemühen sich nicht darum?“ antworten: „Ich bemühe mich nicht darum“ *oder* die sagen, sie hätten sich in den letzten 6 Monaten um keine Stelle beworben. Es wäre wohl besser gewesen, die Autorin hätte den Anteil der Überschneidung bestimmt – den Anteil derer, die entlang *beider* Indikatoren als wenig motiviert eingestuft werden. Schließlich gehen in beide noch andere Faktoren mit ein als die Arbeitswilligkeit allein: die eigene Suche nach einem Arbeitsplatz ist auch eine Funktion des lokalen Arbeitsmarktes. Und hinter der Aussage, man bemühe sich derzeit nicht um einen neuen Arbeitsplatz, verbergen sich zum Teil ebenfalls noch andere Arten von Personen: manche mögen gerade Fortbildungskurse des Arbeitsamtes besuchen, andere gerade krank sein usw. Elisabeth Noelle-Neumann hat in ihrer Untersuchung durchaus die Möglichkeit, dieser Frage durch entsprechende Nachfragen nachzugehen (siehe S. 198, Frage 79B, Liste auf S. 232), doch greift sie nicht darauf zurück. Das große Potential der Untersuchung zur differenzierten Analyse wird unzureichend genutzt. Die Gefahr, zu Fehlschlüssen zu kommen, ist aufgrunddessen groß.

### III. Die materielle Lage der Arbeitslosen

Arbeitslosigkeit ist für die Betroffenen finanziell gar nicht so schlimm, und vielleicht ist dies – so legen manche Interpretationen von Noelle-Neumann nahe – auch der Grund, warum das Phänomen der Arbeitslosigkeit noch immer in der Bundesrepublik derart weit verbreitet ist. Man kann als Arbeitsloser weitgehend mit Dauerbezügen rechnen, heißt es; es gibt nahezu eine „Vollversorgung“ (S. 69). „Die Gesellschaft zwingt die Arbeitslosen nicht, sie sichert sie materiell“ (S. 77). Verhindert eine falsch verstandene Arbeitsmoral, gekoppelt mit einer materiellen Vollversorgung, die Rückkehr in die Erwerbsbevölkerung? Das Bild einer nahezu gegebenen „Vollversorgung“ der Arbeitslosen – selbst unter denen, die mehr als zwei Jahre arbeitslos sind – beruht auf einer Täuschung. Es wird von Noelle-Neumann durch den Kunstgriff erreicht, auf bloße formale Unterstützung, *ungeachtet* der tatsächlichen Höhe der Leistungen, zu rekurrieren. Gemessen an ihren Kriterien wäre bereits ein kleiner Beitrag aus der Sozialhilfe, der gerade zum Nötigsten reicht, ein Zeichen für materielles Wohlergehen. Daß selbst Langzeitarbeitslose mit unterstützungspflichtigen Familienangehörigen Arbeitslosenhilfe oder Sozialhilfe beziehen, wird dahingehend interpretiert, daß die Rechtslage faktisch „bei der Entscheidung über Unterstützungszahlungen offenbar nicht eng ausgelegt“ wird (S. 69). Hätte man nach Höhe der Zahlungen unterschieden, hätte sich wohl ein anderes Bild ergeben: Unterstützungsleistungen, die nur einem Teil des Regelsatzes entsprechen (dazu vgl. u. a. Brinkmann 1984, Adamy und Steffen 1985).

Glaubt man der Autorin, so sind die Arbeitslosen nicht nur materiell durch das Arbeitsamt abgesichert, sie können sich zu einem nennenswerten Teil die Bezüge nebenher noch aufbessern. „Bis zu 19 Stunden darf ein Arbeitsloser pro Woche eine bezahlte Tätigkeit ausüben. Eine Frage dazu lautet im Interview: ‚Es gibt Leute, die manchmal Gelegenheitsjobs oder Saisonarbeiten machen oder für bestimmte Zeit

„jobben“, wie man so sagt. Haben Sie das auch mal innerhalb der letzten zwei, drei Jahre gemacht?“ 34 % der Arbeitslosen haben diese Möglichkeit wahrgenommen“ (S. 34). Wenn dem so wäre, wäre in der Tat mit der Arbeitslosigkeit womöglich ganz gut zu leben. Doch was hier geschieht, ist der Vergleich von Unvergleichbarem. 43 % der Arbeitslosen in ihrer Studie sind weniger als ein halbes Jahr arbeitslos, wie man der Arbeit an anderer Stelle entnehmen kann, nur 15 % zwei Jahre und länger (S. 173). Angesichts dieser Zusammensetzung muß der größte Teil der Gelegenheitsarbeit *außerhalb* der Arbeitslosenzeit gelegen haben. Die Frage mißt nicht das, was sie zu messen vorgibt.

Die gegenwärtige Lage der Arbeitslosen wird durch Kontrastierung mit Verhältnissen der frühen 30er Jahre ins Positive gehoben, darüber hinaus aber auch noch durch Verweis auf die aktuellen Einschränkungen, denen die Arbeitslosen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik unterliegen. Nur verfährt die Autorin in der Analyse hier merkwürdigerweise weniger genau als noch kurz davor. Untergliedert sie bei der Frage nach der Existenz finanzieller Unterstützung noch differenziert nach der Dauer der Arbeitslosigkeit *und* der Existenz unterstützungspflichtiger Familienangehöriger und weist die Arbeitslosigkeit von zwei und mehr Jahren explizit aus, so beschränkt sie sich hier auf eine einzige Dimension und nimmt nur noch eine globale Unterteilung vor: sie faßt Personen mit mehr als einjähriger Arbeitslosigkeit zusammen. Diejenigen, die Arbeitslosenhilfe oder lediglich Sozialhilfe beziehen, werden in den Auswirkungen ihrer Lage auf den Alltag nicht näher untersucht, obwohl sie angesichts ihrer andersgearteten materiellen Unterstützungssituation von besonderem Interesse sind. So wird durch die unterschiedliche Differenziertheit der Aufgliederung und den ungenauen Sprachgebrauch die Fiktion aufrechterhalten, als würden selbst Dauerarbeitslose einer „Vollversorgung“ unterliegen.

Nach den Statistiken der Bundesanstalt für Arbeit bezogen 1986 65 % der Arbeitslosen Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe (zitiert auf S. 32). Die Allensbacher Umfrage bietet ein anderes, günstigeres Bild: Der Anteil an Arbeitslosen, die Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe beziehen, liegt höher als es den Angaben der offiziellen Statistik entspricht. Selbst unter denen, die länger als zwei Jahre arbeitslos sind – und damit einen besonders niedrigen Anteil für Unterstützung durch das Arbeitsamt aufweisen müßten –, erhalten 70 % Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe, heißt es bei Noelle-Neumann (S. 68). Das muß Zweifel an der Generalisierbarkeit der übrigen Befunde aus dieser Umfrage zur materiellen Lage aufwerfen. Noelle-Neumann vermerkt an einer Stelle eher beiläufig, manche Befragten hätten wohl Sozialhilfe mit Arbeitslosenhilfe verwechselt. Doch denkbar ist auch noch ein anderer Grund: Fehler in der Ziehung der Arbeitslosenstichprobe bzw. selektiven Ausschöpfung. Arbeitslose mit guter finanzieller Versorgung durch das Arbeitsamt sind unter Umständen überrepräsentiert. Diejenigen mit materiell schlechter Versorgung sind schlechter erreichbar: Die Arbeitslosigkeit demoralisiert sie und bewirkt Rückzugerscheinungen. Ihr Verhalten vis-à-vis dem Interview ist nichts anderes als Ausdruck einer Neigung zum Rückzug aus bestehenden sozialen Bindungen.<sup>5</sup>

<sup>5</sup> Gemessen an der Dauer der Arbeitslosigkeit stimmt die Allensbacher Erhebung mit den Zahlen der Arbeitslosenstatistik zwar überein (S. 173), doch wäre denkbar, daß innerhalb der jeweils

#### IV. Zufriedenheit und Ansprüche an die Arbeit

Die finanzielle Unterstützung der Arbeitslosen wird als eine „Vollversorgung“ präsentiert, die ein weitgehend unbeschwertes Leben garantiert. Für Noelle-Neumann geht es den Arbeitslosen dabei fast schon zu gut. Sie leiden nicht unter der Arbeitslosigkeit; die Motivation zur Arbeitsaufnahme scheint dadurch reduziert. „Bei der konkreten Frage, ob der Tag vor dem Interview insgesamt ein guter Tag oder kein so guter Tag für sie gewesen sei, antworteten die Arbeitslosen fast im gleichen Anteil wie die berufstätigen Arbeiter und Angestellten: „Gestern, das sei „ein guter Tag“ für sie gewesen (55 Prozent Arbeitslose zu 66 Prozent Berufstätige).“ „Das bedeutet“, so schreibt sie, „daß die Arbeitslosen, die vor der Wahl stehen, einen angebotenen Arbeitsplatz anzunehmen oder nicht anzunehmen, es oft ja nicht so leicht haben, sich zu entscheiden“ (S. 34). Daß die Frage, wie gut der Tag gewesen wäre, jeweils relativ zu den anderen Tagen gesehen wird – relativ auch zu den anderen Tagen, *während* der Arbeitslosigkeit – wird nicht bedacht. Menschen arrangieren sich in gewissem Maße mit den Bedingungen, unter denen sie leben. Sie verschieben ihren Bezugsrahmen, gewinnen ihrem veränderten Alltag neue Aspekte ab, werden durch andere Erlebnisse geprägt. Wo der Tag durch andere Dimensionen als die Arbeit im Betrieb strukturiert wird, müssen andere Dimensionen des Alltags das Befinden bestimmen. Ein ‚guter Tag‘ mag unter diesen Umständen einer sein, der durch keine Konflikte mit dem Ehepartner geprägt ist, oder auch ein Treffen mit Freunden.

Nimmt man andere Indikatoren, die nicht in einem allenfalls indirekten, sondern direkten Bezug zur Arbeitsmotivation stehen, so tut sich ein weitaus größeres Maß an Unzufriedenheit und Bereitschaft zur Arbeitsaufnahme auf, als es die Autorin darstellt. 68 % würden einen zeitlich befristeten Arbeitsvertrag akzeptieren, 68 % eine Arbeit in einem anderen Beruf, und 43 % – und damit fast die Hälfte – würde weniger Verdienst hinnehmen! Noelle-Neumann erwähnt diese Zahlen nicht einmal im Text, geschweige diskutiert sie näher – sie passen nicht zu ihren Thesen. Statt dessen zitiert sie andere aus dieser Liste von Dingen, die man bereit ist, wegen eines Arbeitsplatzes in Kauf zu nehmen. Da ist die Rede von der geringen Bereitschaft zum Wechsel des Wohnortes und der geringen Offenheit für Samstags- oder Sonntagsarbeit oder einer „sehr anstrengenden“ Arbeit, bei der man „sehr müde“ nach Hause kommt. Arbeitslose, so folgert sie daraus, sind offenbar sehr wenig bereit, „echte Belastungen“ zu übernehmen (S. 70).

Doch was sind diese „echten Belastungen“, denen die Arbeitslosen ausweichen? Das Bild des Arbeitslosen, das Noelle-Neumann dabei in ihrem Kopf hat, scheint das eines bindungslosen Individuums zu sein, das – würde es nur seine Koffer packen – mobil und zeitlich überdies unbegrenzt flexibel ist. Rund 40 % der Bundesbürger wohnen immerhin im eigenen Haus oder der eigenen Wohnung (vgl. Statistisches

---

repräsentierten Kategorien die Personen mit besserer finanzieller Unterstützung überrepräsentiert sind. Es könnte sein, daß sich besonders die deprivierten Arbeitslosen des unterstellten Stigmas wegen (dazu siehe Brinkmann 1984, S. 463) dem Interview entziehen.

Bundesamt 1986, S. 121). Dies aufzugeben, ist nicht nur mit großen Problemen verbunden, es würde im Falle eines Verkaufs zudem in der gegenwärtigen Zeit eher mit finanziellem Verlust einhergehen. Die Mehrheit der Arbeitslosen hat Familie. Dies schließt Erwerbstätige – meist den Ehepartner – mit ein. Unter den Arbeitslosen haben diese in mehr als der Hälfte der Fälle inzwischen die Funktion des Hauptverdieners eingenommen (S. 44). Wer ohne Rücksicht auf den Arbeitsplatz des Partners den Ortswechsel vollzieht, wird in Gefahr kommen, langfristig ohne jegliche Einkommensquelle dazustehen. Wird er erneut arbeitslos, so hat er keine materielle Stützung durch andere Familienmitglieder. Angesichts der Zweifel an der eigenen Zukunft – wer schon einmal arbeitslos war, glaubt auch häufiger, wieder arbeitslos zu werden (Noll 1986, S. 417) – ist das zögerliche Verhalten auch aus einer rein ökonomischen Perspektive her gesehen durchaus rational.<sup>6</sup>

Die Existenz einer Familie stellt womöglich auch den Schlüssel zum Verständnis der Ablehnung von Wochenendarbeit und langen Arbeitszeiten dar – zwei Aspekte, deren Ablehnung Noelle-Neumann nur als Zeichen übergroßer Bequemlichkeit zu deuten weiß. Arbeit am Sonnabend oder Sonntag oder eine „anstrengende Arbeit“, bei der man „sehr müde nach Hause kommt“, hindert nun einmal den einzelnen, seinen familienbezogenen Verpflichtungen nachzukommen. Schließlich ist das Wochenende und der Abend oft die einzige Zeit, in der sich der einzelne ungehindert der Familie widmen kann. Wer hier nicht anwesend oder zu müde ist, vermag sich nicht um den Ehegatten oder die Kinder zu kümmern. Aus dieser Sicht ist die Ablehnung derartiger Arbeitsbedingungen Ausdruck einer starken Familienorientierung, die Arbeitslosen bekräftigen in ihrer Reaktion nur das traditionelle, auch offiziell propagierte Bild von der Familie als Kern der Gesellschaft und Objekt besonderer Fürsorge. Die Belastungen, denen die Arbeitslosen auszuweichen trachten, stehen in Konkurrenz zu den traditionellen Rollenverpflichtungen, die sie kraft traditioneller Zuschreibung und eigener Identifikation auszuüben haben.<sup>7</sup>

#### V. Die Dunkelziffer der Arbeitslosigkeit: Merkmale der „stillen Reserve“

Registrierte Arbeitslosigkeit ist mit Arbeitslosigkeit schlechthin nicht identisch. Es gibt eine Dunkelziffer nicht gemeldeter Arbeitsloser – bestehend, so mutmaßt man, vor

<sup>6</sup> Dieser Familienbezug, der beim Ortswechsel Bedeutung erlangt, könnte dazu führen, daß gerade in den Zeiten, in denen die Notwendigkeit eines Ortswechsels aus Arbeitsplatzgründen am größten ist, die Bereitschaft dazu am niedrigsten ausfällt. Wer in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit den Wohnort wechselt, obwohl sein Ehepartner eine feste Stelle innehat, läuft besonders große Gefahr, daß dieser am neuen Ort keine Stelle findet. Wechsel wird dann am ehesten stattfinden, wenn *beide* erwerbstätige Personen am neuen Ort eine Stelle haben. Die Chance dazu sinkt mit steigender wirtschaftlicher Rezession und steigt mit vermehrtem Arbeitsplatzangebot.

<sup>7</sup> Die Familie wird als Lebensbereich seit jeher höher eingestuft als der Beruf. Nicht die Freizeit, sondern die Familie ist der eigentliche Gegenpol (vgl. Reuband 1985, S. 734). Daß den Arbeitslosen ebenso wie der berufstätigen Bevölkerung die Familie wichtiger ist als der Beruf, zeigt auch die Untersuchung von Noelle-Neumann: Wenn die Befragten zwischen Beruf und Familie entscheiden müßten, würden unter den Arbeitslosen 50% die Familie wählen und 18% den Beruf. 32% sind unentschieden (S. 49, Tab. 3).

allem aus Jugendlichen und verheirateten Frauen. Beide haben, sofern nicht innerhalb der letzten Jahre berufstätig, keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung. Entsprechend sehen sie keinen Sinn, sich offiziell als arbeitslos zu melden (vgl. Brinkmann und Ryher 1985, S. 9 f.). Die Zahl der nicht gemeldeten Arbeitslosen (in der Arbeitsmarktforschung auch „Stille Reserve“ genannt) ist, wie eine ergänzende Erhebung im Rahmen der Allensbacher Arbeitslosen-Studie zeigt, beachtlich hoch. „Es gibt ja viele Fälle, wo jemand nicht offiziell beim Arbeitsamt gemeldet ist, aber – genau gesehen – ist er oder sie arbeitslos: er/sie würde gerne beruflich arbeiten, wenn sich ihm oder ihr nur ein geeigneter Arbeitsplatz bieten würde. Fühlen Sie sich selbst eigentlich in diesem Sinne arbeitslos oder würden Sie das nicht sagen?“. 24 % der Bundesbürger zwischen 16 und 59 Jahren, die nicht erwerbstätig sind oder als arbeitslos gemeldet waren, bezeichneten sich auf diese Frage hin als arbeitslos. Umgerechnet auf die Bevölkerung in dieser Altersgruppe sind das ungefähr zwei Millionen. Selbst wenn man diejenigen nicht mitrechnen würde, die sich gegenwärtig ernsthaft um einen Arbeitsplatz bemühen oder sich vor einiger Zeit bemüht hatten, käme man noch auf eine Million (S. 67). Damit wäre die Zahl der Arbeitslosen in der Bundesrepublik um mehr als die Hälfte größer als es die gegenwärtigen offiziellen Zahlen ausweisen.<sup>8</sup>

Daß die Zahl offiziell registrierter Arbeitsloser die tatsächliche Zahl der Arbeitslosen – und damit das Ausmaß finanziell desolater Lagen – untertreibt, weil es eine „stille Reserve“ gibt, wird in der Arbeit nicht thematisiert. Statt dessen wird die Existenz der nicht registrierten Arbeitslosen in anderer Weise in dem Interpretationszusammenhang verwendet: als Zeichen dafür, daß fehlende finanzielle Unterstützung die Arbeitswilligkeit begünstigt. Ob diese Neigung tatsächlich größer ist bei den Arbeitslosen, wird in der Umfrage jedoch gar nicht erhoben. Und ob die unterstellten Ausgangsbedingungen über Konsequenzen fehlender Unterstützung – das Fehlen jeglicher finanzieller Absicherung – existieren, wird ebensowenig geprüft: Fehlende finanzielle Unterstützung durch den Staat schließt finanzielle Absicherung schließlich keineswegs aus. Rund zwei Drittel der nicht registrierten Arbeitslosen sind Frauen. Sofern sie verheiratet sind, dürfte traditionell der Ehemann in erster Linie für die Familie sorgen – eine größere Bereitschaft zur Arbeitsaufnahme als bei den registrierten Arbeitslosen allein aus ökonomischen Gründen macht deshalb wenig Sinn.

<sup>8</sup> Die Zahlen liegen nahe an den bisherigen Schätzungen der stillen Reserve, beruhend auf einem Vergleich von Veränderungen des Arbeitsmarktes und der Zahl registrierter Arbeitslosen. Für 1984 und 1985 wurde die stille Reserve in der Bundesrepublik auf etwas über 1 Million geschätzt (Autorengemeinschaft 1985, S. 438). Siehe auch Thon (1984), der das Verhältnis von stiller Reserve zur registrierten Arbeitslosigkeit für die Zeit Anfang der 80er Jahre auf 0,5 bis 0,7 beziffert. Nach den dort mitgeteilten Schätzungen liegt das Verhältnis der stillen Reserve zur registrierten Arbeitslosigkeit in den 80er Jahren generell höher als in den 70er Jahren. Das „Dunkelfeld“ nicht registrierter Arbeitslosigkeit ist anteilmäßig größer geworden (vgl. Thon 1984, S. 447).

VI. *Schlußbemerkungen*

Die Studie, die angetreten ist, ein „Tabu“ zu entlarven, stößt mit ihrer Argumentation ins Leere. Statt soziale Verhältnisse mit Hilfe der Sozialforschung transparenter zu machen, werden diese eher verschleiert. Der selektive Umgang mit Indikatoren, Mißverständnisse in der Verwendung von Indikatoren und eine unzureichende Kontrolle intervenierender Variablen führten dazu, daß ein Bild entsteht, dessen wissenschaftlicher Gehalt fragwürdig ist. Man kann nicht von einer materiellen „Vollversorgung“ der Arbeitslosen sprechen, welche die Arbeitslosen absättigt, deren Arbeitsbereitschaft reduziert und für die Massenarbeitslosigkeit entscheidend mitverantwortlich ist. Man kann auch nicht die Zahl der Arbeitslosen durch Verweis auf eine fehlende Arbeitsmoral nennenswert nach unten hin revidieren. Nimmt man die beiläufig erwähnte Zahl nicht registrierter Arbeitsloser, müßte man die Zahl der Arbeitslosen im Gegenteil nach oben hin korrigieren. Je nach Maß käme man auf eine Erhöhung um eine oder zwei Millionen – das soziale Problem Arbeitslosigkeit wäre weitaus größer als offiziell ausgewiesen.

Es wäre nicht das erste Mal, daß Noelle-Neumann zugunsten einer plakativen Aussage auf eine sorgfältige und abwägende Analyse verzichtet.<sup>9</sup> Daß sie, die sich kaum wie eine andere in der Vergangenheit mit Problemen der Indikatorenbildung und Fragekonstruktion befaßt hat, sich an vielen Stellen ihrer Arbeit derart leicht in fragwürdige Interpretationen verstrickt (und dies in der Rezeption durch Sozialforschung vielfach nicht einmal zur Kenntnis genommen wird), zeigt jedoch zugleich einmal mehr: die Strategie der Datenerhebung und Dateninterpretation bedarf offenbar in Zukunft noch systematischerer Beachtung, als es bislang in der kommerziellen wie der akademischen Sozialforschung üblich war.

*Literatur*

- Adamy Wilhelm, und Johannes Steffen*: Sozialer Abstieg durch Arbeitslosigkeit – vom Arbeitnehmer zum Sozialhilfeempfänger, in: *Die Neue Gesellschaft*, 31, 1985, S. 151–156.
- Autorengemeinschaft*: Der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1984 und 1985, in: *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*, 17, 1985, S. 435–440.
- Brinkmann, Christian*: Die individuellen Folgen langfristiger Arbeitslosigkeit, in: *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*, 17, 1984, S. 454–473.
- und *L. Reyher*: Erwerbspersonen und Stille Reserve, in: *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*, 18, 1985, S. 4–10.

<sup>9</sup> In diesem Zusammenhang siehe etwa die kritischen Anmerkungen zu verschiedenen Studien der Autorin bei Friedhelm Neidhardt (1985) oder Reuband (1985, 1986). Mag sein, daß hier die journalistischen Seiten der Autorin durchschlagen. Doch sie sieht sich nun einmal selbst primär als Wissenschaftlerin und muß daran auch beurteilt werden. Die Neigung zum sorglosen Umgang mit Daten ist um so bedauerlicher, als sich das Allensbacher Institut wie kaum ein anderes Institut der kommerziellen Sozialforschung dank seiner Leiterin durch Veröffentlichung von entsprechenden Befunden – im Rahmen der Jahrbücher und durch eigene Methodenforschung – um die Sozialforschung verdient gemacht hat. Dieses Verdienst von Noelle-Neumann wird in der akademischen Sozialforschung meist unterschätzt.

- Neidhardt, Friedhelm*: Meinungsbefragung und Meinungsmache. Zur Methodik einer Untersuchung des Instituts für Demoskopie über „Extremistische Einstellungspotentiale junger Menschen“, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 37, 1985, S. 768–775.
- Noelle-Neumann, Elisabeth*, und *Edgar Piel*: *Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1978–1983*, München 1983.
- Noll, Heinz Herbert*: Arbeitsmarkt und Erwerbstätigkeit, in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), *Datenreport 1985. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland*, Bonn 1986, S. 406–417.
- Planung und Analyse*: Elisabeth Noelle-Neumann zum 70. Geburtstag, in: *Planung und Analyse*, Nr. 11/12, 1986, S. 478.
- : Rezension von E. Noelle-Neumann und P. Gillies: „Arbeitslos. Report aus der Tabuzone“, in: *Planung und Analyse*, Nr. 5, 1987, S. 222–223.
- Reuband, Karl-Heinz*: Arbeit und Wertewandel – mehr Mythos als Realität?, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 37, 1985, S. 723–746.
- : Drogen, Wertewandel und Problemwahrnehmung. Anmerkungen zu einer neueren internationalen Studie, in: *Neue Praxis*, 16, 1986, S. 491–500.
- Statistisches Bundesamt* (Hrsg.): *Datenreport 1985. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland*, Bonn 1986.
- Tbon, Manfred*: Neuberechnung des Erwerbspersonenpotentials für den Zeitraum 1970–1982, in: *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*, 17, 1984, S. 441–453.

*Korrespondenzanschrift:*  
Dr. Karl-Heinz Reuband  
Zentralarchiv für empirische  
Sozialforschung  
Universität zu Köln  
Bachemerstr. 40  
5000 Köln 41